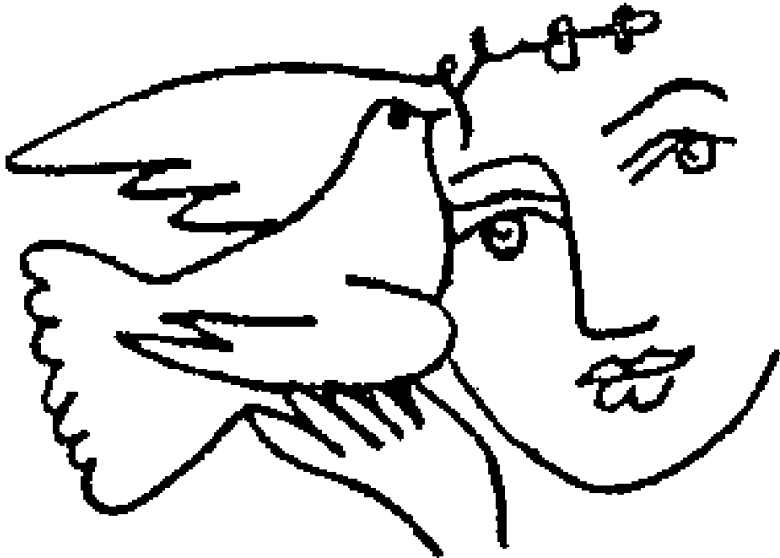


Ostermarsch Rhein-Ruhr 2016



Vom 26. bis 28. März in Duisburg, Essen, Gelsenkirchen,
Wattenscheid, Herne, Bochum und Dortmund

Friedensforum Duisburg



Kriege und Fluchtbewegung...

...das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille! Allein der langjährige Bundeswehreininsatz in Afghanistan hat viele Milliarden verschlungen und zu den Millionen von Flüchtlingen beigetragen. Ein Bruchteil der Militärausgaben hätte ausgereicht, um dieses Land wirtschaftlich und gesellschaftlich auf eigene Beine zu stellen.

Aus vielen Teilen der Welt fliehen Menschen vor Krieg und Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Hunger und Verzweiflung sind Wegbereiter der Flüchtenden. Jahr für Jahr werden es mehr. Nach Angaben der UN-Flüchtlings-Hilfsorganisationen waren es weltweit in 2013 bereits 45 Mio. Menschen, in 2014 60 Mio. Menschen. Die meisten sind Binnenflüchtlinge in ihrem eigenen Land oder fliehen in benachbarte Länder, vor allem aus den Kriegsherden Ukraine, dem Nahen Osten, Syrien, Libyen sowie Irak, Afghanistan/Pakistan und vielen zentralafrikanischen Staaten.

Die Ursachen von weltweiten Fluchtbewegungen und der Anteil Deutschlands daran lassen sich nur mit dem ständigen Nachschub von Waffen und Munition erklären. Deutschland als weltweit viertgrößter Waffenexporteur befeuert Krisenherde und beliefert Diktaturen wie Saudi-Arabien oder die Arabischen Emirate, die ihrerseits wie auch die Türkei nicht davor zurückschrecken, auch Waffen gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen.

Die Konfliktregionen in der Ukraine und Syrien wurden von außen durch Milliardenbeträge für einen „Regime Change“ und verdeckten Operationen gesteuert. Zusätzlich tragen Wirtschaftssanktionen zur Destabilisierung von Ländern bei, wie aktuell

gegen Syrien oder den Donbass, die zum Aushungern der Bevölkerung führen.

Die deutsche Politik versucht massiv, durch die Definition von „sicheren Herkunftsländern“ vor allem Flüchtlinge aus dem Balkan und Nordafrika möglichst schnell wieder abzuschieben.

Für die weltweite Kriegsführung erfolgt umfangreiche logistische Unterstützung von deutschem Boden. Dieses umfasst militärische Kommandozentralen sowohl der Bundeswehr, z. B. mit den in Münster stationierten NATO-Task-Forces, wie auch der US-Streitkräfte in Ramstein, von wo aus die Drohneneinsätze gesteuert werden, oder der EU-COM/AFRICOM in Stuttgart. Darüberhinaus ist Deutschland logistische Drehscheibe für US- und NATO-Militäreinsätze durch militärisch genutzte Flughäfen wie im Falle des Flughafens Leipzig-Halle und weitere militärische Einrichtungen wie das NATO-Luftwaffenzentrum in Kalkar. Diese Orte und Einrichtungen stehen synonym für die deutsche Mitverantwortung an Kriegen, die Menschen weltweit auf die Flucht treiben.

Ein permanent geführter Wirtschaftskrieg der westlichen Industriestaaten erfolgt über Freihandelsabkommen. Sie bedrohen deren Lebensgrundlagen. Die afrikanischen Märkte werden mit hochsubventionierten Billigimporten aus Europa überschwemmt, gegen die einheimische Produzenten nicht ankommen.

Die Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ hat ihre Forderungen aktualisiert mit der Überschrift **„Grenzen öffnen für Menschen - Grenzen schließen für Waffen!“**.



Atomwaffen abschaffen!

Viele Menschen glauben, atomare Abschreckung wäre notwendig. Die heute immer noch gültige Abschreckungsdoktrin der NATO ist unverantwortlich. Nach der Beendigung des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands unterstützt die Bundesregierung weiter die nukleare Abschreckungspolitik der NATO und stimmt der Modernisierung der Atomwaffen zu. Das verstößt gegen das Grundgesetz und das Völkerrecht.

In der UNO-Generalversammlung stimmte die Bundesregierung am 7.12.2015 gegen den Start der Verhandlungen für ein Atomwaffenverbot.

Die sogenannte Modernisierung der bisherigen B-61-4 Atombomben durch den Typ B-62-12 am Standort Büchel hat nichts mit dem verharmlosenden Wort Modernisierung zu tun. Diese Bomben sind zielgenauer und hinsichtlich der Sprengladung verschieden ausrüstbar. Der Unterschied zwischen taktischen und strategischen Atom-Bomben wird aufgehoben. Der Austausch gleicht eher einer Neuausrüstung der Atomwaffenpotenziale der NATO-Streitkräfte am Standort Büchel!

Rüstungsproduktion in zivile Produktion überführen!

Mit dem Argument der Beschäftigungssicherung in Rüstungsbetrieben treiben die Rüstungsexporte in immer neue Dimensionen. Im Jahr 2015 genehmigte die Bundesregierung Waffengeschäfte im Wert von 7,56 Mrd. Euro - nach 3,97 Mrd. Euro im Jahr 2014. Dieses Jahr dürften die Zahlen noch deutlich höher liegen.

Der Bundessicherheitsrat, der geheim tagende Ausschuss des Bundeskabinetts, genehmigte u.a. die Ausfuhr von 48 Granatmaschinenwaffen, 1.600 vollautomatischen Gewehren und 100 Maschinenpostolen des Waffenproduzenten H&K an das Sultanat Oman im Wert von 3,1 Mill. Euro. (Zeit online, 9.11.2015). Diese, wie auch ehemalige Waffenlieferungen an Libyen, sowie aktuelle Waffenlieferungen der Bundeswehr an die kurdischen Peschmerga versickern oftmals in dunklen Kanälen. Tatsächlich gibt es kaum eine Krisenregion in der Welt, in der nicht Kleinwaffen „Made in Germany“ im Gebrauch sind, obwohl diese aufgrund deutscher und europäischer Exportricht-

linien dort nicht zum Einsatz kommen dürften. Auch auf dem 23. IG-Metall-Gewerkschaftstag war die Frage um Frieden und Abrüstung bereits durch zahlreiche Anträge in den Focus der Delegierten getreten.

Alle 14 Minuten sterbe ein Mensch durch eine Kugel aus den Läufen der süddeutschen Rüstungsschmiede Heckler & Koch (H&K), so ein Delegierter auf dem Gewerkschaftstag. Der IG Metall-Bevollmächtigte der IGM Geschäftsstelle Salzgitter-Peine forderte vehement ein Verbot von Waffenexporten!

Die Wiederaufnahme der Diskussion über die Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf zivile, gesellschaftlich nützliche Produkte ist dringend erforderlich. Die Konversionsdebatte müsse in den Rüstungsbetrieben von den Vertrauensleuten und Betriebsräten mit den Betroffenen geführt werden. Die IG Metall muss dabei eine aktive und steuernde Rolle übernehmen, so die Delegierten.

Der Krieg beginnt hier!

Die Lunte für die Sprengsätze, die fernab unseres Landes für Tote, Verletzte und Zerstörung sorgen, wird auf deutschem Boden gelegt.

Die Waffenfabriken von Diehl in Überlingen, Mowag in Kreuzlingen, ATM in Konstanz, Rheinmetall in Düsseldorf und ThyssenKrupp in Essen liefern Instrumente der Gewalt weltweit. Panzerfahrzeuge von Mowag gehen etwa an Saudi-Arabien, dessen Soldaten daraus auf die Demonstranten in Bahrain geschossen haben. Außerdem werden sie von den USA und Deutschland im Afghanistankrieg eingesetzt. ATM stellt Computer und Software für die Krauss-Maffei-Wegman-Panzer, wie den Leopard 2, her. Die wurden an Katar und die Türkei geliefert. Beide Staaten führen Kriege sowohl im Inland als auch im Nachbarland, die Türkei zudem gegen die eigene kurdische Bevölkerung. Diehl ist an Bau und Vermarktung der Predator-Drohne beteiligt, mit der die USA unter anderem in Afghanistan, Pakistan, Irak, Libyen und Jemen hunderte Menschen getötet haben. Seine Lenkflugkörper und Munition gehen unter anderem nach Saudi-Arabien. U-Boote von ThyssenKrupp gingen u.a. an Israel. Ein Land, das seit Jahrzehnten über Palästina mit Kriegsrrecht herrscht und weite Teile von Palästina besetzt hält und die palästinastämmige Bevölkerung unterdrückt.

Ein Überblick über die weltweiten Militärausgaben zeigt folgendes Bild: 2014 wurden weltweit für Rüstung 1776 Mrd. US-Dollar aufgebracht. Das

sind 2,3 % des weltweiten BIP (Bruttoinlandprodukt, d.h. die Gesamtzahl aller produzierten Waren). Weltweit sind das 245 US-Dollar pro Person. Davon entfielen auf Nordamerika 627 Mrd. US-Dollar, auf West- und Mitteleuropa 292 Mrd. US-\$, auf Ost-Europa 94 Mrd. US-\$. Trotzdem ruft die NATO-Spitze die europäischen Staaten zu immer größeren Rüstungsanstrengungen auf. Der Militärhaushalt der Bundesrepublik betrug im Jahr 2000 noch 23,16 Milliarden Euro. Fünf Jahre später bereits 33 Mrd. Euro. 2016 soll der deutsche Rüstungsbetrag auf 34,4 Mrd. Euro steigen. Bundesverteidigungs-Ministerin Frau van der Leyen fordert zusätzlich 130 Milliarden für die nächsten fünf Jahre.

Die Bundesregierung hat klammheimlich und von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt eine deutliche Kehrtwende vollzogen und befürwortet die von den USA geplante „Modernisierung“ der Nuklearbewaffnung auf deutschem Boden.

Im Zusammenspiel mit dem US-Raketenabwehrsystem kommt es zu einer ähnlichen Situation wie in den achtziger Jahren. Ein neuer Rüstungswettlauf wird eingeleitet. Moskau hält mit eigener Aufrüstung dagegen. Die Bundesregierung will sich nach ihrem Totalschwenk durch eine Modernisierung ihrer Atomwaffen-Trägerflugzeuge (Nukleare Teilhabe), die ebenfalls in Büchel stationierten 42 Tornado-Jagdbomber an der neuen Aufrüstungsrunde beteiligen.



Militär hat Vorrang vor Bildung!

Der BRD-Militärhaushalt umfasst aktuell offiziell 34,3 Mrd. Euro. Eine Steigerung von 1,32 Mrd. Euro gegenüber 2015. Im Vergleich dazu beträgt der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2016 ca. 16,4 Mrd. Euro mit einer Steigerung von 1,1 Mrd. zum Vorjahr. Damit ist der Bundesregierung das Militär doppelt so viel wert wie Bildung.

Seit dem Umbau der Bundeswehr zu einer Expertenarmee für weltweite Kriegseinsätze fischt die Bundeswehr verstärkt mit Bildungsangeboten auf dem „Arbeitskräftemarkt“. Junge Menschen auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle oder einer Berufskarriere werden bei ihrer Jobsuche außer von regionalen Arbeitgebern auch mit Werbeangeboten der Bundeswehr konfrontiert. Dort heißt es: „Wir. Dienen.Deutschland“ und ein Bundeswehroffizier in schicker Uniform weiß auch sogleich, das aktuelle Jobangebot zu konkretisieren.

Wohlklingendes Lockmittel der Bundeswehr ist das Versprechen einer großartigen Karriere. Dabei dürfte eigentlich jedem denkenden Menschen klar sein, dass die Karriereleiter spätestens nach Ausbildungsende wohlmöglich in den nächstbesten Kriegseinsatz führen kann. Mittlerweile beteiligt sich die Bundeswehr an 17 Auslandseinsätzen und der Streitkräfteeinsatz soll ausgebaut werden (s. Libyen und Mali).

Aber auch schon zu Schulzeiten lässt die Bundeswehr das Feld der Freiwilligensuche nicht aus den Augen. Jugendoffiziere, die als Öffentlichkeitsarbeiter der Jugend das Tor zu Chancen in Beruf und Zukunft aufzeigen, wenden sich mit Weiterbildungsangeboten auch an Lehrer und Referendare. Schüler binden sie u.a. durch die interaktive Simulation „Politik und internationale Sicherheit“

(Pol&IS) an die Aufgabenstellung der Bundeswehr. Im Jahr 2013 hielten „Karriereberater“ der Bundeswehr 8700 Vorträge an Schulen vor 189000 Schülern.

Großformatige Zeitungsanzeigen suggerieren zudem unter dem Motto „Karriere mit Zukunft“ einen verheißungsvollen Einstieg in das Arbeitsleben. Selbst im Berufsinformationszentrum der Arbeitsagenturen (z.B. in Duisburg) wird einmal im Monat eine Wehrdienstberatung durchgeführt. Außerdem informieren Jugendoffiziere SchülerInnen in den Schulen, auf Berufs- und Gesundheitsmessen und verschiedenen anderen Veranstaltungen. In NRW hat die Bundeswehr teilweise drei bis vier Auftritte täglich vor Jugendlichen. Terre des hommes kritisiert besonders das Werben der Bundeswehr unter Minderjährigen, es verstößt gegen die Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes in Deutschland vom Januar 2014.

Sowohl gegen den Einbezug der Bundeswehr in die schulische Bildung, als auch gegen die Forschung für militärische Zwecke regt sich seit geraumer Zeit zunehmend Protest. Studierende, SchülerInnen, Gewerkschaften und Friedensorganisationen fordern, die Hegemonialstellung der Bundeswehr in Schulen zu unterbinden oder diese ganz aus den Schulen zu verbannen.

Eine bundesweite Bewegung setzt sich für die Einführung und Einhaltung von „Zivilklauseln“ an Hochschulen ein, durch welche sich diese verpflichten, in gesellschaftlicher Verantwortung für eine friedliche Welt ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen und auf Kooperationen mit Rüstungsunternehmen zu verzichten.

Ostermarsch Rhein-Ruhr 2016 in Duisburg

Oster-Samstag, 26. März 2016

10:30 - 12:00 Uhr Auftakt Kuhstraße/Ecke Kuhlenwall mit Friedensmarkt

Kundgebung

„Wer Krieg sät, wird Flüchtlinge ernten“

Rede Reiner Braun

(Geschäftsführer der IALANA - Internationale Juristen und Juristinnen gegen den Atomkrieg)

Musik: Fresh Game
und weitere Kurzbeiträge

12:00 - 12:30 Uhr **Demonstration**
zum Hauptbahnhof Duisburg

Zwischenkundgebung

auf dem Harry-Epstein-Platz

Kundgebung zur Erinnerung an ermordete
jüdische Kinder an der Gedächtnis-Stele

13:30 Uhr Abfahrt nach Düsseldorf zum
Ostermarsch Rheinland

Unterstützen Sie unseren Ostermarsch 2016 durch Ihre Teilnahme und mit Ihrer Spende!

Ostermarsch Rhein-Ruhr, c/o DFG-VK NRW, Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund, Email: aufruf16@ostermarsch-ruhr.de, www.ostermarsch-ruhr.de

Spendenkonto: Ostermarsch Ruhr, Stadtparkasse Dortmund,
IBAN: DE79 4405 0199 0321 0042 96, Stichwort: OMRR16

Friedensforum Duisburg: www.friedensforum-duisburg.de
Inge Holzinger für Friedensforum Duisburg, Stadtparkasse Duisburg,
IBAN: DE36 3505 0000 0338 0121 07, BIC: DUISDE33xxx